

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

295 (18.12.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 550 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 540 M.; in der Geschäftsstelle und bei untern Karlsruhern Abgaben abgeholt 510 M. monatlich. Einzelnummern 20 M.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 123; Redaktion Nr. 481.

Einzeigen: Die einspaltige Kolonelle 40.— M., auswärts 50.— M. Die Reklamezeile 150.— M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif.— Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Amerika, Reparationen, internationale Anleihe

Ueber ein eventuelles Eingreifen Amerikas in das europäische Elend liegen die folgenden Nachrichten vor, die allerdings noch keine Klarheit über die Lage bringen:

Die Auffassungen der Bankiers

London, 16. Dez. Der Finanzberichterfasser der „Times“ in New York meldet, die internationalen Bankiers, mit denen er gesprochen habe, hätten erklärt, es sei unter den augenblicklichen Bedingungen unmöglich, eine genügend große Anleihe für Deutschland in den Vereinigten Staaten unterzubringen. In dem Washingtoner Bericht, daß die amerikanische Regierung sich bereit mache, eine internationale Anleihe an Deutschland von 1 1/2 Milliarden zu befürworten, habe keiner dieser Bankiers erklärt, daß eine solche Anleihe ausgeben werden könne. Keine Anleihe dieser Art sei in den Vereinigten Staaten unterzubringen, ohne eine endgültige Regelung der Fragen der Reparationen und internationalen Schulden.

Mitteilungen über angebliche Pläne Harbings

London, 16. Dez. „Daily Mail“ zufolge wird der britische Schatzkanzler Baldwin, der am 27. d. M. nach Washington abfährt, einen dem britischen Kabinett genehmigten und sorgfältig berechneten Plan zur Forderung der englischen Schulden an die Vereinigten Staaten überbringen.

London, 16. Dez. „Daily Mail“ berichtet aus New York: Gerüchthweise verlautet, daß Harbings beabsichtigt, nachdem er den amerikanischen Volkshörer in London besucht zu haben geglaubt, alle Mächte zur Teilnahme an einer internationalen Konferenz nach Washington einzuladen. In alle Fälle vorbereitet sein, so würde er sie den europäischen Mächten mitteilen. Die Hälfte oder zwei Drittel der Anleihe von 1 1/2 Milliarden Dollars sollen zur Zeichnung in Amerika aufgelegt werden, der übrige Teil in anderen Ländern. Als Sicherheit für diese Anleihe würde die amerikanische Regierung eine Hypothek auf alle deutschen Staatsvermögen einschließlich der Eisen- und Kohlenvorkommen vorlegen, mit anderen Worten, die allerersten Reparationen sollen auf einen Teil ihrer Pfänder aus dem Friedensvertrag verzichten, um den Forderungen der internationalen Bankiers für die Zeichnung der geplanten Anleihe gerecht zu werden. Die Hindernisse, die einem solchen Vorgehen im Wege stehen, seien fast unüberwindlich. Andererseits sei jedoch die Lage Europas verzweifelt. Dem Blatt zufolge sei Amerikas Plan auf die außerordentliche Rückwirkung zurückzuführen, die die europäische Lage auf die Innenpolitik der Vereinigten Staaten ausübe. Besonders die amerikanischen Farmer beklagten sich bitter über die Unmöglichkeit, ihre Ueberflüsse an Europa zu verkaufen, weil dieses nicht zahlen könne.

Die angebliche Haltung der Entente zu amerikanischen Vorschlägen

London, 17. Dez. Reuter meldet, in gut informierten Kreisen werde erklärt, daß die auf der Londoner Konferenz vertretenen Mächte jeden von den Vereinigten Staaten zur Lösung der europäischen Finanzkrise gemachten Vorschläge

willkommen heißen würden. Gleichzeitig werde aber die Ansicht ausgesprochen, daß die Stabilisierung der Markt der Gewährung einer großen Anleihe an Deutschland vorausgehen sollte.

Entschlossenes Vorgehen Harbings — 1 1/2 Milliarden Dollars Anleihe?

New York, 16. Dez. Obgleich über das Ergebnis der Beratungen innerhalb des Kabinetts noch nichts Bestimmtes vorliegt, werden doch die bisher verbreiteten Nachrichten, die auf ein entschlossenes Vorgehen Harbings hindeuten, in Presse und Öffentlichkeit allseitig mit Beifall begrüßt, da man keine weitere Stärkung des Selbstvertrauens und des Wiederaufbaues der Wirtschaft wünscht. Selbst die konservativen „New York Tribune“ stimmt zu; sie erklärt indessen, Deutschland müsse zahlen, soweit seine Leistungsfähigkeit dies zulasse. Auch andere Blätter fordern, daß man die Bedingungen, die man Deutschland für die Gewährung einer Anleihe stellen müsse, nicht allzu leicht mache. Andererseits wird Frankreich entschlossen zur Wahrung seiner politischen und finanziellen Ansprüche aufgefordert.

Paris, 16. Dez. Nach einer Kavassmeldung aus New York bestätigt der Washingtoner Korrespondent des „New York Herald“ die Nachricht über eine von amerikanischer Seite beabsichtigte Anleihe von 1 1/2 Milliarden für Deutschland. Der Anleiheplan geht von einer Bankiergruppe aus, deren Vertreter mit dem Präsidenten Harbings und dem Staatssekretär Hughes Besprechungen hatten. Die Regierung, die sich mit einem Plan trage, die Ursache des französisch-deutschen Gegenstandes auszumachen, habe den Wunsch geäußert, sich dem Anleiheprojekt anzuschließen, um unter gewissen Bedingungen, die Frankreich und Deutschland gemeinsam eingehen hätten, die Anleihe zu garantieren.

Inoffizielle Mitteilung an Poincaré

New York, 16. Dez. (Neuter.) Nach einer Meldung aus Paris hat Poincaré eine inoffizielle Mitteilung erhalten, daß die Vereinigten Staaten gemäß einem Plan zur Regelung der Reparationsfrage in Erwägung zu ziehen.

Besprechungen in Paris und Berlin

Paris, 15. Dez. Poincaré hat heute nachmittag den deutschen Vorkämpfer, Dr. Bauer, empfangen. Im Anschluß hieran empfing Poincaré den Vorsitzenden der Reparationskommission, Dr. Harbings. Abends hatte Poincaré eine längere Besprechung mit dem Finanzminister Colat, dem Finanzminister Delafosse und dem Minister für die besetzten Gebiete, Heibel, die sich nach dem „Matin“, sowie die Außenpolitik betraf, vor allem auf die Reparationsfrage bezogen hat.

Berlin, 17. Dez. In der Reichskanzlei fand gestern nachmittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Besprechung mit den Fraktionsführern der SPD, des Zentrum, der DVP, der DDP, der DLR, sowie der BVP statt. In der der Reichskanzler zur auswärtigen Lage Stellung nahm. Der Staatssekretär Bergmann erläuterte über seinen Aufenthalt in London Bericht.

10 Uhr wird der Nationalkonvent zusammenzutreten, um die Neuwahl des Staatspräsidenten vorzunehmen.

Beschlechterungen des Arbeitszeitgesetzes durch den Reichswirtschaftsrat

Das Plenum des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich am Donnerstag und Freitag mit dem Arbeitszeitgesetz für die gewerblichen Arbeiter. Die im Sozialpolitischen Ausschuss auf Antrag der Arbeitnehmer einseitig beschlossenen Beschlüsse wurden zum größten Teil wieder gestrichen. Das Gesetz soll jetzt auch auf die Lehrlinge, die Betriebsräte der Land- und Forstwirtschaft und die Eisenarbeiter ausgedehnt werden. Die Gesamtzahl der Arbeitsstunden darf wesentlich nur 48 Stunden betragen. Arbeitsausfälle an einzelnen Werktagen können durch entsprechende Verlängerung an anderen Tagen wieder ausgeglichen werden. „Milde Arbeitsbereitschaft“ soll nicht als Arbeitszeit gelten, und Lehrlinge dürfen zu Vorbereitungs- und Aufräumungsarbeiten täglich bis zu einer Stunde über die gesetzliche Arbeitszeit herangezogen werden. Auf Antrag der Arbeitgeber wurden die Umstände, unter denen Mehrarbeit geleistet werden soll, erheblich erweitert. Gefährliche u. a. die Entscheidung über die 25prozentige Mehrbesetzung der Überstunden. Bei den Ausführenden- und Schlußbestimmungen wurde für das Bau- und Baugewerbe die Arbeitszeit vorübergehend um 9 Stunden täglich herabgesetzt. Ein Antrag, die Nacharbeit für Jugendliche bis unter 18 Jahren im Bergbau, Eisen- und Stahlwerken, Glasfabriken, Papierfabriken und Holzwerkstoffen ab 1. Januar 1923, in den anderen Gewerben ab 1. Januar 1924, zu verbieten, wurde abgelehnt. Gegen eine große Minderheit wurde der Gesekentwurf mit diesen Änderungen angenommen.

Einigung im Streik in Ludwigshafen

Am Samstagabend wurde zwischen der Betriebsleitung der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen und mit den Vertretern der Gewerkschaften eine Einigung erzielt. Darnach erhalten die Fabrikarbeiter einen Stundenlohn von 400 M., Handwerker 424 M., die Arbeiterinnen 280 M. Dazu kommen die bestehenden sozialen Zulagen. Die verweirten Wiedereintretenden erhalten sofort nach Aufnahme der Arbeit eine Radahlung von 2500 M für den November und eine Einberzahlung von 250 M je Kind. Die Arbeiter des Streiks haben nach der getroffenen Vereinbarung keinen Anspruch auf Wiedereinstellung.

Die Skandale einer verfaulenden Rechtsprechung

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

„Am 14. Dezember 1922 hat das Schwurgericht Berlin III die beiden des Mordversuchs an Maximilian Harden Angeklagten, Buchhändler Grenz und Leutnant a. D. Weichardt, verurteilt: Grenz wegen Beihilfe zur Körperverletzung zu einer Gefängnisstrafe von 4 Jahren 9 Monaten, Weichardt wegen Beihilfe zur Körperverletzung unter Zuhilfenahme von 2 Jahren 9 Monaten. — Zahlreiche Urteile solcher Art sind in dem Buche von Gumbel „Die Jahre Mord“ aufgeführt. Erst kürzlich, am 2. Dezember 1922, hat das Schwurgericht in Halle a. S. von zwei ehemaligen Reichswehrangehörigen, die 2 Arbeiter menschen erschossen hatten, den einen freigesprochen, den andern wegen Totschlags unter Zuhilfenahme von 2 Jahren Gefängnis verurteilt.“

Sind der Regierung diese Urteile bekannt? Gilt sie diese Urteile für vereinbar mit der Rechtslage? Wie beurteilt sie deren innen- und außenpolitische Wirkung? Welche Maßnahmen gedenkt sie zur Wiederherstellung der Rechtschaffenheit in Deutschland gegenüber offenbaren und organisierten Mordern zu ergreifen? Welche Folgerungen gedenkt sie aus solchen Urteilen für die Justizreform zu ziehen?

Die Einrichtung des Staatsgerichtshofs ist der klaren Erkenntnis entsprungen, daß die Rechtsprechung in politischen Prozessen seit der Revolution bei den ordentlichen Gerichten bankrott war. Die Fälle krasser Justiz hatten sich hier so gehäuft, daß eigentlich niemand mehr recht eine Verteidigung wagte. Die reaktionären Verteidiger der bisherigen Rechtsprechung beschränkten sich wesentlich auf das Argument, einen wie geringen Bruchteil der Gesamtprozesse die Prozesse mit politischem Hintergrund doch bildeten. Damit gaben sie wenigstens stillschweigend die politische Justiz preis.

Die logische Konsequenz wäre gewesen, den ordentlichen Gerichten in allen politisch gefährlichen Prozessen die Rechtsprechung aus der Hand zu nehmen. Man stand eben vor der Tatsache, daß unsere Verfassung und Verleugung der materiellen Verordnungen der Verfassung, aber nicht den idealen Verordnungen der politischen Animosität widerstanden. Man stand vor der Tatsache, daß die schwersten Verbrechen von reaktionärer Seite gar nicht oder mit kindlichen Strafen, die leichtesten Uebertretungen eines Republikaners mit barbarischer Härte geahndet wurden, daß bei der Beurteilung des gleichen Deliktes sich schreiendste Disparitäten ergaben, je nachdem es von rechts oder von links begangen war.

Bei diesen Zuständen war die Schaffung des Staatsgerichtshofes eine an sich gute, aber leider eine halbe Maßregel. Man hat den Kreis der Delikte, die vor den Staatsgerichtshof kommen, zu eng gezogen. Die Folge zeigt sich jetzt. Sie springt deutlich in die Augen bei einem Vergleich des Scheidemann-Prozesses mit dem Harden-Prozess.

Zwei Mordprozesse haben den Staatsgerichtshof bisher beschäftigt. Im Matheson-Prozess wurde das Urteil mit Unrecht noch als zu milde empfunden, immerhin wurden auch hier eine Anzahl von erheblichen Justizhandlungen verhängt. Im Scheidemann-Prozess entsprachen die zehnjährigen Justizhandlungen dem gefundenen und politisch unvoreingenommenen Mordempfinden. Nebenbei haben die beiden Urteile zusammen das niederdrückende Gefühl befestigt, als ob in Deutschland reaktionäre Mörder straffrei ausgingen und gegen Republikaner alles erlaubt sei.

Dieser moralische Aktivismus — auch dem Ausland gegenüber — wird durch das Harden-Urteil zum guten Teil wieder vernichtet. Für den rechtlich Denkenden ist es unverständlich, wie die Geschworenen hier die Schuldfrage nach Mordversuch verneinen konnten. Selten ist eine Mordtat so klar erweislich gewesen wie hier. Von allen Mordgefallen, die bisher vor Gericht gestanden haben, sind die Grenz und Weichardt die bei weitem unsympatischsten.

Das Bewußtsein der Anfermann, Weichardt und Grenz war im Gelbbeutel der Organisation C. Sie haben ihre Tat nicht aus politischen Motiven, sondern um des Blutgeldes willen getan, das ihnen einige Monate eines liebreichen Lebens in Sans und Bruns gestattete. Deshalb mußte, wenn irgendwo, mit diesen Verurteilten kurzer Prozeß gemacht werden. Daß es die Geschworenen nicht taten, läßt sich nur auf politische Sympathiegefühle für die Täter oder politische Antipathiegefühle gegen das Opfer zurückführen. Gegen die Geschworenen haben sich die Berufsrichter sogar noch anständig gehalten, indem sie ziemlich an die Höchststrafen herangingen, die der Geschworenen Spruch zuließ. Die von den Geschworenen bewilligten „milderen Umstände“ für das geborgene Subjekt Weichardt sind vielleicht der größte Skandal dieses Urteils.

Trotzdem hat dieser Prozeß den ererbten Beweis geliefert, daß mit diesen ordentlichen Gerichten eine anständige Rechtsprechung in politischen Prozessen nicht zu erreichen ist. Gegenüber den Hinweisen der Reichspresse, daß es doch ein Geschworenengericht sei, muß immer wieder betont werden, daß die heutige Auswahl und Zusammensetzung der Geschworenengerichte zu ein-

Ein nationalistisches Attentat in Polen

Er mordung des polnischen Staatspräsidenten

Warschau, 16. Dez. Der neue Staatspräsident der polnischen Republik, Karuzowicz, ist bei der Eröffnung einer Kunstausstellung von einem Kunstmaler namens Nicwadowski durch drei Schüsse getötet worden. Der Täter wurde verhaftet.

Danzig, 16. Dez. Soeben aus Warschau hier eingetragene Nachrichten besagen, daß der Mörder des Staatspräsidenten, Nikwadowski, 1869 in Warschau geboren ist. Nicwadowski gilt als extremer Chauvinist. Seit einer schweren Kopfverletzung, die er sich 1918 bei einem Straßenunfall zuzog, gilt er als Sonderling. Die Leiche des ermordeten Staatspräsidenten, der 58 Jahre alt geworden ist, wurde in die Nationalhalle gehüllt und unter Begleitung einer Ehrenwache nach dem Beisebere gebracht, wo sie aufgebahrt wurde.

Auch Naturovics ist nationalistischem Wahn zum Opfer gefallen, nachdem er nur eine Woche lang das Amt des polnischen Staatspräsidenten bekleidete. Am 9. Dezember war er von der Nationalversammlung im fünften Wahlgang mit 289 gegen 221 Stimmen gewählt worden. Bisher hatte die nationalistische Reaktionäre Rechte, die schon von horigen Staatschef Pilsudski mit grimmigem Haß bekämpft hatte, die Wahl Naturovics zu verhindern gesucht, da dieser auf einem christlich demokratischen Boden stand und von den politischen Meinungen Pilsudskis, besonders nach Verfassungsfragen und die gerechte Behandlung der nationalen Minderheiten betrifft, nicht weit entfernt war. In der Schweiz hatte er lange als angelegener Lehrer der Züricher Technischen Hochschule gewirkt und dort in eigener Anschauung kennen gelernt, wie multirassig Angehörige verschiedener Stämme und Kulturen friedlich miteinander zu leben vermögen. Eben darum waren für ihn auch die nationalen Minderheiten: Deutsche, Juden, Litauer und Russen eingetreten, was ihm den Haß der extremen Nationalisten eintrug, die sofort eine Dege gegen ihn in der nationalistisch-reaktionären Presse eröffneten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Mordtat innere Ursachen zur Folge haben wird.

Danzig, 16. Dez. Sogleich nach der Ermordung des Staatspräsidenten trat der Ministerrat unter Vorsitz des Sejmarschalls Natka zusammen, der zum stellvertretenden Staatspräsidenten ernannt wurde. Auch Pilsudski wohnte diesem Ministerrat bei. Natka erklärte Pressevertretern auf Befragen, daß morgen die Regierung ernannt werde. Am Mittwoch vormittag

werden. Man möchte dann noch zur Vorklärung und Klärung der Arbeit, auch bei der Beitragskassierung.

Einmütig wurde hierauf die Erhöhung des Parteibeitrags für männliche Mitglieder auf wöchentlich 25 M., für weibliche Mitglieder auf wöchentlich 10 M. beschlossen. Arbeitslosen und kranken Mitgliedern wie auch solchen, die nur teilweise beschäftigt sind oder sich vorübergehend in besonderer Notlage befinden, kann der Beitrag zeitweilig erlassen oder nur der 10 M. Beitrag angerechnet werden. Das nähere regeln die Ortsvereine in Einmütigkeit mit der Kreisleitung. Die Aufnahmegebühr wird vorläufig auf 10 M. erhöht. Über die auf der Konferenz angeregte Vorauszahlung der Beiträge soll der Bezirksvorstand sich äußern.

Der Gen. Reichstagsabg. A. Oed-Offenburg hatte ein Memorandum über die politische Lage vorgelesen. Da er aber nicht erschienen war, sprach Gen. Parteisekretär Winter-Offenburg an seiner Stelle. Winter behandelte kurz und instruktiv eine Anzahl der wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Fragen. Besonders wies der Redner auf die katastrophale Ernährungslage für große Kreise des deutschen Volkes hin und forderte von der Reichsregierung, daß sie alles aufbieten möge, um dem Elend zu steuern. Weiter behandelte Genosse Winter den Stand der Parteipresse im Bezirke und kritisierte es in der bündeligen Schärfe, daß die Mehrzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht die Arbeiter-, sondern die bürgerliche Presse lese. Hier mußte rasch und energisch Wandel geschaffen werden, zum Nutzen sowohl der politischen wie der gewerkschaftlichen Bewegung. Speziell in den Randorten sehe es hinsichtlich der Verbreitung der Parteipresse im Bezirke noch recht übel aus.

In der Debatte sprach als einziger Redner Genosse. Hg. Schöpflin, der den Konkreteinstimmungen die schwierige Situation zeigte, in der sich angesichts der ungewissen Parteizeitungen gerade die Arbeiterpresse befindet. Mit Recht habe Winter das Verhalten in dieser Gewerkschaftsleiter gegenüber der Parteipresse gerügt. Dieses Verhalten werde sich maßgebend schon binnen kurzer Zeit schwer an diesen Arbeitern rächen und damit auch leider an der gesamten Arbeiterklasse. Es müsse aber auch betont werden, daß bei dem ungelassenen Bruderkrieg von links her derart gegen die Parteipresse gehandelt werden sei, daß es sehr erhebliche Arbeit bedeute, den angestrichelten Schaden wieder gut zu machen. Ebenfalls müsse betont werden, daß auch ein Teil der Gewerkschaftsführer die auch im Gewerkschaftsinteresse zu gebotenen Propaganda für die Parteipresse unterlasse. Nur ganz langsam sei jetzt eine Besserung zu beobachten.

Nachdem Genosse Schöpflin kurz ebenfalls die politische Situation gestreift hatte, besprach er einige wirtschaftliche Fragen und erörterte dann auch die Regierungsbildung im Reich. Er betonte, daß er zu der Minderheit der Fraktion gehöre, die den Austritt unserer Genossen verhindern wollte. Die Fraktionsmehrheit hat nach Schöpflins Auffassung tatsächlich nicht gut gehandelt. Zu erklären, daß man bezüglich sich mit der Deutschen Volkspartei gemeinsam in die Regierung gebe, dann aber einerseits stark vorkommend orientierten Regierung, durch ein Bistum die Existenz ermöglicht, sei eine Politik, die er, Redner, nicht mitmachen konnte. Im „Volkstreu“ (sozialdemokratischer Standpunkt) darzulegen, wie es eben getan hätte, habe er um demütigen unterlassen, weil momentan die Partei vor einer Fülle wichtiger Arbeiten sich gestellt sehe, eine Aufstellung der Koalitionsfrage ihm daher nicht opportun erschienen sei. Die vom Genossen Winter an ihn gerichtete Frage veranlaßte ihn aber, kurz seiner Auffassung Ausdruck zu geben. Eingehend behandelte sodann Genosse Schöpflin die sozialrevolutionäre Bewegung und die in ihnen ruhende Gefahr. Mit besonderem großem Interesse folgten die Versammelten diesen sehr instruktiven Darlegungen und begleiteten den Hinweis, daß wir in Baden und entsprechend vorbereiten, um jeden einzelnen sozialrevolutionären Vandalen gebührend zurückzuweisen, mit lebhaftem Beifall. Schöpflin brachte auch zum Ausdruck, daß die gesamte bürgerliche Regierung sich jedem Versuch, die gegenrevolutionäre Propaganda nach Baden zu tragen, energisch entgegenstellen werde. Die sozialistische Arbeiterkraft müsse aber gleichzeitig auf dem Boden sein, dann werden wir in Baden schnell und sicher solcher Vorkommnisse Herr werden. Unermüdliche organisatorische und agitatorische Arbeit müsse die Parole sein. Schwerer als die politische inneren Gefahren seien die wirtschaftlichen, die uns allen leider drohen. Es werde der ganzen Kraft der Arbeiterbewegung bedürfen, um in kommenden schweren wirtschaftlichen Zeiten mit Erfolg die Interessen der Arbeiterklasse wahren zu können.

Damit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt.

Aus der Partei

Leser der Parteischriften! Wer sich in die sozialistische Bewegung vertiefen will, lese die „Neue Zeit“. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung erfordert Klärung der geistigen Kräfte und Vertiefung der politischen Erkenntnis. Die „Neue Zeit“ will zur Vertiefung in der Partei über die neu an sie herangetragenen Fragen beitragen und ein Wegweiser im Streit der Meinungen sein. — Vom 1. Januar 1923 an erscheint die „Neue Zeit“ als Halbmonatsschrift der deutschen Sozialdemokratie im Umfang von zwei Hefen. Der Bezugspreis beträgt 120 M. für das Jahr. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Zeitungsverläufer. Bei der Post und im Buchhandel beträgt der Bezugspreis im Monat 240 M., im Vierteljahr 720 M. ohne Postgeld. — Einer weiten Verbreitung in Stadt und Land erfreut sich die humoristisch-satirische Parteischriften „Der Wahre Jakob“ mit seinen farbigen Bildern, podenden politischen und humoristischen Gedichten, Erzählungen usw. Der „Wahre Jakob“ erscheint alle 14 Tage und ist durch alle Buchhandlungen und Zeitungsverläufer zu beziehen. Die einzelne Nummer kostet vom 1. Januar 1923 ab 40 M. Das Abonnement bei der Post oder bei Buchhandlungen kostet im Monat 90 M., im Vierteljahr 270 M. Die Preise sind freibleibend. — Wir können diese beiden Zeitschriften zum Abonnement bestens empfehlen. — Zu beziehen durch unsere Volksbuchhandlung, Adlerstraße 16, Karlsruhe.

Spät. Dienstag, 19. Dez., abends 1/8 Uhr, findet im Lokal „Sonne“ eine Versammlung statt, an der alle Mitglieder und Volkstreuener eingeladen sind. Tagesordnung: Bericht über die Kreiskonferenz und Aussprache über die Ortswache.

Deutscher Reichstag

Das Einkommensteuergesetz und in dritter Lesung angenommen. — Auch beim Zwangsanleihegesetz verjagen die Bürgerlichen.

Berlin, 16. Dez. Die zunächst auf der Tagesordnung stehenden sozialdemokratischen Interpellationen wegen des Schulauflösungsgesetzes in Bayern und über das Urteil im Farbenprozeß werden gemäß Mitteilung der Regierung innerhalb der Geschäftsordnungsfrist ihre Erledigung finden. — Das Gesetz über die Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung wird dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes zur Wenderung der Verhältnisse. Der Entwurf enthält neben der Erhöhung der Zulagen auch die Bestimmung der Vorauszahlung.

Hg. Gersfeld (Komm.) bedauert, daß die Zulage in Deutschland zu einer Rate geworden sei, die voraus bezahlt werden müsse. Man dürfe doch die Zulage nicht als eine lediglich wirtschaftliche Angelegenheit ansehen.

Das Gesetz wird sodann in zweiter und dritter Lesung angenommen. — Bei der dritten Lesung des Einkommensteuergesetzes haben die Sozialdemokraten auf neue ihren Antrag auf Detaillierung der 10prozentigen Steuerquote auf 1 Million und für eine anderweitige Stoffung wieder eingebracht.

Hg. Sellmann (Soz.) gibt namens seiner Partei die Erklärung ab, daß seine Partei den Reichsparteien die Verantwortung überlasse.

Unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages wird sodann das Gesetz nach den Beschlüssen der zweiten Lesung mit den Stimmen der Bürgerlichen, gegen die der gesamten Linken angenommen.

Bei der dritten Beratung des Zwangsanleihegesetzes erklärt Hg. Gerk (Soz.), daß, wenn das Gesetz in der vorliegenden Form verabschiedet werde, es absolut unzulänglich sein werde. Das sei aber die Schuld der bürgerlichen Parteien, die seinerzeit die Beschäftigung nicht gehindert hätten. Seine Partei habe daher ihre Anträge auf Einbannung der Spekulation wieder eingebracht. Immerhin enthalte der Entwurf einige Verbesserungen; deshalb werde seine Partei ihm doch zustimmen.

Hg. Helfferich (D.R.) betont, das Gesetz sei so ziemlich die schärfste Komprimierung, die ihm je vorgekommen sei. Seine Partei arbeite daran, nur mit, um weitere Verschärfungen durch die sozialistische Linke zu verhindern. Wenn man aber mit den sozialdemokratischen Rezepten den Kapitalmarkt weiter bedrohe, so gefährde man damit das Zustandekommen der Reparationskassierung.

Die sozialdemokratischen Änderungsanträge werden abgelehnt, die Vorlage wird angenommen, die Abstimmungen werden auf später vertagt.

Bei der zweiten Lesung des Gesetzes über das Ruhegehalt des Reichspräsidenten erklärt Hg. Schulz-Bromberg (D.R.), daß seine Partei das Gesetz ablehne. — Das Gesetz wird gegen die Deutschnationalen und Kommunisten in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Dem 7. Antrag zum Reichshausplan fragt Hg. Helfferich (D.R.), ob die Kleinrenten, die der Staat ausweise, tatsächlich die Kosten decke, oder ob die Goldbeiträge von jährlich 1,8 Milliarden Mark für die Besatzungstruppen noch dazu kämen. In der Reichswehr und die Marine hätten uns nicht den dritten Teil davon gefolgt.

Staatssekretär Dapf: Die Besatzungskosten sind nach einem Abkommen unter den Alliierten mit Wirkung vom 1. August 1922 auf den jährlichen Höchstfuß von 220 Millionen Goldmark festgesetzt worden. Für das Jahr 1922 liegen uns Zeitangaben nicht vor, jedoch ist die Lieferung von Warbervorläufen gefordert worden. Die Verhandlungen darüber schweben noch.

Die einzelnen Etats werden darauf nach den Beschlüssen der bisherigen Lesung angenommen, darunter die Genehmigung über Schaffung einer zweiten Kontro-Admiralsstelle für die Reichsmarine.

Bei der Abstimmung zum Zwangsanleihegesetz wird der sozialdemokratische Antrag auf Schaffung einer Goldanleihe mit 122 gegen 133 Stimmen abgelehnt. In der darauffolgenden Abstimmung wird das Gesetz gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Ein Antrag Sellmann-Subwigshafen (Fr.) den Reichsgemeinden, welche ihre Blocken während des Krieges offen mußten, beim Rücktransport ihrer Blocken Freiheiten zu gewähren, wird gegen die Stimmen der Linken angenommen. Das Haus erledigt sodann noch eine Reihe Ausschussentwürfe, darunter einen Antrag zu dem Gesetz, welches die Vorschriften über die Ausgestaltung von Ansprüchen an das Reich regelt.

Ein Antrag Hammer (D.M.) will den Verkauf und den Ankauf von Almetallen konfiszieren. Statt Ankauf soll die Beschlagnahme „Reichsbesitz“ gefordert werden. Ein Regierungsvertreter bemerkt dazu, daß im Reichswirtschaftsministerium bereits Ausführungen zu diesem Gegenstand in Angriff genommen sind, die in erster Linie den Erlaubniszwang bedingen und schwere Strafen für Zuwiderhandeln vorsehen. Der Antrag Hammer wird angenommen.

Nachdem der Rest der Tagesordnung debattelos erledigt worden ist, bittet Präsident Loebe um die Vertagung, die nächste Sitzung zwischen dem 10. und 17. Januar einberufen und die Tagesordnung festsetzen zu dürfen. Er entläßt das Haus mit den besten Wünschen für die Feiertage.

Im letzten Augenblick ereignet sich ein Zwischenfall, als sich auf der Zuschauertribüne ein Mann erhebt und ruft: Herr Präsident, ist es erlaubt, daß hier ein Mann aus dem Volke ein Wort spricht! Auf einen Wink des Präsidenten wird der Mann entfernt. — Schluß nach 2 Uhr.

Unsere verehr. Bekräftiger

verweisen wir an dieser Stelle auf das bei der heutigen Ausgabe beigegebene Rundschreiben betr. Bezugspreis-Differenz für die Monate November und Dezember und empfehlen dasselbe gefl. Beachtung. — Postbesteller sind jene Besteller des „Volkstreu“, welche denselben am Posthalter oder beim Briefträger, nicht aber bei unseren Agenten bestellt haben.

Der Verlag.

Aus der Stadt

18. Dezember. 1808 † Der Dichter Joh. Gottfr. v. Herder in Weimar. — 1918 Gründung einer deutschen Liga für Völkerverständnis in Berlin. — 1920 Schluß der 1. Völkerverständnisversammlung in Genf.

Karlsruher Parteianrichten

Vereinigte Sozialdemokratische Partei Karlsruhe. Die Parteikassierer der Stadt, der Vororte sowie die Betriebskassierer werden darauf aufmerksam gemacht, daß ordnungsgemäß bis zum 20. d. M. für das laufende Quartal abgerechnet werden soll. Es wird gebeten, diesen Termin einzuhalten.

Für die Kinderbeschulungskommission gingen weitere Beiträge ein: Gemeindevorstand und Staatsarbeiterverband Schlichte 2176,50 M., von der Firma L. durch Redakteur Winter 1000 M., Fr. Gerde 5 M., Fr. R. durch Gen. Krüger 75 M., Sammelliste Nr. 10 Frau Frohmeyer 100 M. Allen Gehern sei hiermit herzlichster Dank ausgesprochen. A. A.: Frau Marie Stoll, Kassiererin.

Rückgang der Lebensmittelpreise infolge des Dollarkurses

Wie die „Vossische Ztg.“ mitteilt, macht sich der Rückgang des Dollarlandes bereits in der Preisbildung bemerkbar. Schmalz ist ca. 30 M. für das Pfund gesunken. Margarine hat seit 2 Tagen um 150 M. abgenommen. In der Bekleidungsbranche werden sich Erleichterungen erst nach längerer Zeit bemerkbar machen können wegen des langen Produktionsganges.

Mitteilungen aus der letzten Stadtratsitzung

Spenden. Das Preussische Süddeutsche Männerquartett in Neuporf hat aus seinem Unterstiftungsfonds der Stadt Karlsruhe den Betrag von 106 137 M. und Herr Frank Erieh in Rondon den Betrag von 50 000 M. zur Verwendung für arme Kinder überwiesen. Der Stadtrat spricht für diese reichen Spenden herzlichsten Dank aus.

Bewilligung von Weihnachtsgaben. / Der Stadtrat stellt zur Verteilung von Weihnachtsgaben an Kriegerveteranen den beteiligten Organisationen entsprechende Mengen Weihnachtsgeld unentgeltlich zur Verfügung.

Gebühreerhöhungen. Vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses werden in Zukunft entsprechend der fortschreitenden Geldentwertung diejenigen Gebühren für die Tätigkeit der Ortsbaukontrolle, die nach dem Zeitaufwand des Beamten bemessen werden, mit dem zweihundertsten Teil des durchschnittlichen Monatsgehalts eines Beamten der Gruppe 9 der städt. Besoldungsordnung, d. i. zurzeit mit etwa 400 M. für die Arbeitsstunden, berechnet. An Gebühren für die Prüfung der Hausentwässerungsanlagen und Überwachung der Bauausführung durch das städt. Tiefbauamt bei Bauten mit einem Bauaufwand bis zu 10 Millionen Mark sind der vierzigste Teil und bei Bauten mit einem Bauaufwand von 10 Millionen Mark und darüber der zwanzigste Teil des durchschnittlichen Monatsgehalts eines Beamten in Gruppe 9 zu entrichten. Es muß dabei dem Stadtrat überlassen bleiben, den entsprechenden Betrag vierteljährlich neu zu bestimmen und Veränderungen im vorausgegangenen Vierteljahr bei jeder Neufestsetzung zu berücksichtigen. Diese Berechnungsweise ist durch Bürgerausschussbeschluss vom 19. September 1922 bereits ganz ähnlich für die Berechnung der Gebühren für Müllabfuhr, Straßenreinigung und Kanalreinigung zur Einführung gelangt und hat sich bis jetzt durchaus bewährt.

Eisbahn im Stadtpark. Auf dem Stadtpark soll bei entsprechender Witterung auch im laufenden Winter wieder eine Eisbahn unterhalten werden. Die Gebühren für den Besuch der Eisbahn werden festgesetzt auf 30 M. für Inhaber von Stadtpark-Dauerkarten, auf 50 M. für sonstige Personen, für Kinder auf je die Hälfte. Dauerkarten zur Benutzung der Eisbahn werden nicht ausgestellt.

† Todesfall. Am 14. Dezember verstarb unser Genosse E. H. v. Steinbach, Schlosser, Eosienstraße 111. Eine kurze aber schwere Krankheit hat den Kämpfer von uns und den Seinen gerissen. Er erreichte ein Alter von 88 Jahren. Er war voller Hoffnung und auch wie erwartet noch viel von ihm. Das Schicksal hat es anders gewollt. Die Partei wird dem früh Dahingegangenen ein treues Andenken bewahren.

* Fälligkeit von Guthabens. Die Frank. Bg. meldet aus Karlsruhe: Bekanntlich waren die Fabriken vor einigen Wochen infolge mangels an Zahlungsmitteln gezwungen, Guthabens auszugeben, um ihre Arbeiter und Angestellten auszahlen zu können. Allen Anschein nach sind nun solche Guthabens befällig worden. So hatte eine hiesige Firma für fünf Millionen Mark Guthabens auszugeben und nun verkundet, daß schon acht Millionen Mark an der Kasse eingelöst worden seien.

(?) Immer noch „Zweite Kammer“. Von einem jungen Genossen wird uns geschrieben: Noch nicht lange hier in Karlsruhe anfänglich, wollte ich dieser Tage zu den Landtagsberatungen. In der Rittersstraße angelangt, suchte ich nach dem Gebäude mit dem Schild „Badische Volksvertretung“ oder „Badische Volksvertretung“ usw. Vergebens! Ich ging in die Ständehausstraße und hier wieder dasselbe vergebliche Suchen nach einem Schild mit einer obenbezeichneten Bezeichnung. Nur ein kleines Schildchen mit der Bezeichnung „Zweite Kammer“ war zu erblicken. Zuerst straukelte ich daran, daß in diesem Gebäude sich die badische Volksvertretung befindet, da die Revolution mit der Klassifizierung der Volksvertretung ausgeräumt hat. Aber in Karlsruhe wird der Uneingeweihte stark in Zweifel gebracht, ob nicht noch eine Herren- und eine „Reichskammer“ existiert, denn die Aufschrift am Landtagsgebäude deutet auf eine „Zweite Kammer“ hin, die weder in der Verfassung noch in der Wirklichkeit vorhanden ist. Deshalb auch fort mit der Bezeichnung „Zweite Kammer“. Man wird zwar sagen, es seien dies Kleinigkeiten, die man nicht beachten sollte. Ich meine aber, weil es Kleinigkeiten und zwar äußerliche sind, hätte schon längst damit aufgeräumt und dem Gebäude die Bezeichnung „Landtagsgebäude“ gegeben gehört.

p. In selbstmörderischer Absicht brachte sich Freitag mittag 12 Uhr in einer hiesigen Lehranstalt ein Schüler aus Furcht vor Strafe mit einem Terzerol einen Schuß in den Leib bei und verletzte sich lebensgefährlich.

p. Festgenommen wurden: Wegen Raubs ein Maler und ein Gelegenheitsarbeiter von hier und ein Uhrmacher aus Durlach, weil sie in der kleinen Spitalstraße hier einen Maler überfallen, mißhandelt und ihn seiner Uhr sowie seiner Wertsachen in Höhe von 3500 M. beraubt haben. Ferner: ein Hausbesitzer von Mannheim und ein Kaufmann aus Ströburg, die verurteilt sind, in einer hiesigen Wirtshaus ein Diebstahl in Werte von 80 000 M. entwendet zu haben, bei einer Anzahl fünf obdachlose Personen, ein Maschinenarbeiter von hier, ein Arbeiter aus Ruppurt, ein Hilfsarbeiter von hier, ein Arbeiter aus Dillingen, ein Hausbesitzer aus Mannheim, ein Hilfsarbeiter aus Ströburg sowie eine Näherin von hier, familiäre wegen Diebstahls, ein Kaufmann aus Nürnberg, sowie ein Althändler und eine Althändlerin von hier wegen Hehlerei und ein Kaufmann aus Basel, der vor der Staatsanwaltschaft Schweinfurt wegen unerlaubten Handels mit Arzneimitteln verfolgt wurde.

Kindertransport. Am Mittwoch, den 20. Dez., nachm. 1/8 Uhr treffen 60 Karlsruher Kinder, die mehrere Wochen in dem Kindererholungsheim Langenbrand untergebracht waren, am Hauptbahnhof ein. Am gleichen Tage abends 7 Uhr 57 Min. fahren 30 Kinder aus dem Kindererholungsheim Rheinfelden zurück.

Fußball. Das auf den gestrigen Sonntag festgesetzte Verbandsspiel R.V. - V.F. mußte des schlechten Wetters wegen ausfallen. R.V. Forstheim siegte in Madrid (Spanien) gegen den dortigen Real Fußball-Club 3:2.

zu 4 Heften Vereinsanzeiger. Bei 8 und mehr Heften 20 M. — die Heften Nr. 70 — die Heften (Verkaufsanzeigen haben unter dieser Rubrik keine Aufnahme). Karlsruhe. (Naturfreunde.) Heute Ausflugsfahrt im „Gambinus“.

Durlach. (Vereinigte Soz. Partei.) Dienstag, 19. Dez., abends 8 Uhr, in „Schwanen“ Vorstandssitzung. Hierzu sind die Unterstiftungler eingeladen. [2010 Der Vorstand.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle. Christian Augenstein, Schneider, Witwer, alt 77 Jahre. David Weil, Handelsmann, gesch. Chemann, alt 70 Jahre. Helene Peidi, alt 63 Jahre, Ehefrau des Wladimir Mich. Peidi.

Verdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Montag, 18. Dez., 12 Uhr: Helene Peidi, Wladimir-Chemann, Ludwigsstraße 17 Feuerbestattung. — 1 Uhr: Adolf Sebastian, Wagenmeister, Eberstraße 8. — 2 Uhr: Othmar Brand, Eisenbahnschaffner, Eberstraße 8a. — 1/8 Uhr: Margareta Schulz, Wagenverwahrerin, Eberstraße 43.

Arbeiter-Jugend Arbeiter-Sport

Turnen und Sport

Die Serien-Spiele und -Kämpfe am Sonntag

Fußball
Sonderklasse, Gruppe Karlsruhe
 Union - Gagsfeld. 1. Mannsch. 4:2, 2. Mannsch. 4:0.
 Spiele beider Mannschaften durch das schlechte Wetter beeinträchtigt. Schiedsrichter der 2. Mannsch. befriedigt nicht.
1. u. 2. Klasse, Gruppe Karlsruhe
 1. Mannsch. 1:2, 2. Mannsch. 1:1 für „Bahrfrei“ ausging, endete auch das Spiel mit gleichem Resultat.
Grünwinkel - Turlach. 1. Mannsch. 4:0 (3:0), 2. Mannsch. 1:2; 3. Mannsch. 1:12. Auf dem Sportplatz in Grünwinkel fand das Spiel statt. Grünwinkel konnte trotz seiner zurzeit spielerisch geschwächten Mannschaft die erste Spielfälfte stark überlegen halten. Wodurchhältnisse sehr schlecht. Mit dem Stande 3:0 wurden die Seiten gewechselt. Etwa 20 Minuten vor Schluss piff der Schiedsrichter das Spiel wegen einem von 1 1/2 Minuten anhaltenden starken Regenschneib. Allgemeiner Spielverlauf: Null.

Wrestling

Stand der Bezirksmeisterschaftskämpfe im Stemen und Ringen

Klub	Stemen	Stemen	Stemen	Punkte
Altklubverein Gagsfeld	5	10	10	20
Altklubverein Karlsruhe	4	8	8	16
Altklubverein Gagsfeld	5	6	8	14
Altklubverein Durlach	5	4	4	8
Altklubverein Gagsfeld	4	6	2	8
Altklubverein Knielingen	5	4	4	8
Altklubverein Knielingen	5	2	4	6
Altklubverein Knielingen	4	4	2	6
Altklubverein Knielingen	5	4	2	6
Altklubverein Knielingen	4	4	2	6
Altklubverein Knielingen	4	4	2	6
Altklubverein Knielingen	5	2	2	4

Der Bericht vom Kampf Knielingen - Durlach fehlt.
 Die Begegnung.

Radsport im Winter

Wir befinden uns schon wieder in den Wintermonaten, wo die meisten Menschen den Radsport damit verbindet, was jedoch in einer Stadt bei gutem Wetter und Winter nicht vorzukommen dürfte. Es gibt es doch zweierlei Winter und Wintermonate, und zwar: 1. denjenigen, die bei den beginnenden Wintermonaten ihr Stahlfahrad noch einmal gut reinigen und putzen, den und es dann auf dem Kellerboden oder sonst an einem Platz aufhängen. Das sind die, für die der Radsport oft im Frühjahr wieder einsetzt. 2. diejenigen, die ihr Stahlfahrad immer schneebereit halten. Wenn man ein wenig annehmbares Wetter ist, so huldigen sie dem Radsport. Sie haben vollständig recht, denn das Radsfahren ist sehr gesund, schafft Bewegung, erweicht den Körper und fördert den im Winter überdies häufig störenden Blutumlauf. Besonders ist für die Frauen das Radsfahren im Winter sehr zu empfehlen und namentlich für die die frischen Luft reichlich entgegennehmen und namentlich für die die frischen Luft reichlich entgegennehmen und namentlich für die die frischen Luft reichlich entgegennehmen.

Im Weihnachtsfeier der Freien Turnerschaft Karlsruhe, Mtgl. Mühlburg. Zur diesjährigen Weihnachtsfeier hatte die Mtgl. Mühlburg der Freien Turnerschaft Karlsruhe ihre Mitglieder und Anhänger auf Samstagabend in den „Drei Linden-Saal“ eingeladen. Ränge vor Beginn der Veranstaltung war der geräumige Saal dicht besetzt und viele, die noch Einladungen entgegen nahmen, sahen sich infolgedessen zur Umkehr gezwungen. Ein musterhaft zusammengestelltes Programm botte seiner Abwechslung, Frei-Kulen- und Stabübungen der Turnerinnen wechselten mit Vortrugen und Klammern der Turner in angenehmer Reihenfolge. Kräftige Barrenparaden wurden von den Turnern mit der oft bewunderten Fertigkeit geleitet. Ein von 10 Schülerinnen mit Grazie und Anmut getanzter Weihnachtsreigen erregte die Bewunderung aller Anwesenden. Der G. m. Chor „Vaterbund“ sowie der „Vaterbund“ Mühlburg hatten sich in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt und trugen mit ihren jeweiligen Gesangs- und Singschreien wesentlich zur Verschönerung des Abends bei. Die Turnerinnen trugen hierbei eine geborgene Dosis edler, frischschmelzender Melodien. Den Abschluss bildete die Gabe der Geschenke. Der Gabeempfang war sehr reichhaltig und wer Glück hatte, konnte für wenige Mark Gegenstände von ganz ansehnlichem Wert gewinnen. Ein kurzes Längchen hielt die Teilnehmer nach einige Stunden fest, und man trennte sich dann in dem Bewußtsein, einige frohe Stunden erlebt zu haben, die in unserer freudlosen Zeit leider so selten sind. Am Sonntag nachmittag fand im Saal des „Gold. Hirsches“ die Weihnachtsfeier der Schüler und Schülerinnen statt. Auch diese hatte einen sehr guten Verlauf. Die Teilnehmer, die sich an der Veranstaltung beteiligten, waren von den Eltern und sonstigen Angehörigen, was sie alle in den Turnstunden der Freien Turnerschaft lernten. Auch was hier geboten wurde war nur musterhaft, und es muß an dieser Stelle den Turnwarten besondere Anerkennung gezollt werden, die neben ihrer barmherzigen Arbeit den Idealismus aufbringen, die schwere Arbeit zur körperlichen Erleichterung unserer Schüler zu leisten. Möge der prächtige Verlauf der beiden Veranstaltungen dazu beitragen, den freien Turnern neue Mitglieder und Anhänger zu sichern.

Gagsfeld. Der Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Gagsfeld, hat sich zur Aufgabe gemacht, zwecks allgemeiner Belehrung im Laufe der Wintermonate einige naturwissenschaftliche, sowie zwei Bildvorträge zur Durchsicht zu bringen. Der erste, von dem Genossen Meyer abgehalten, brachte den Vortrag mit dem Thema: „Waldschäden und Wirtschaden am 7. Dezember“ seinen Vortrag. Schlicht und leichtverständlich wurde Genosse Meyer den Vorleser durch die durchgeführten Bilder erläutern. Obwohl der Vortrag von dem Genossen Meyer abgehalten, brachte den Vortrag mit dem Thema: „Waldschäden und Wirtschaden am 7. Dezember“ seinen Vortrag. Schlicht und leichtverständlich wurde Genosse Meyer den Vorleser durch die durchgeführten Bilder erläutern.

Jugend

Aus dem Entwurf des Jugendgesetzes

Man darf wohl mit Recht sagen, daß man der Jugend der heimlich gewordenen Jugendlichen im Strafgesetzbuch nur mangelhafte Rechnung getragen hat. Die Straftat eines jugendlichen wird genau so beurteilt, wie die eines Erwachsenen. Man sieht daher, daß der Jugendliche noch kein ausreichender Mensch ist, der mit Überlegung handelt, sondern ein noch in der Entwicklung stehendes Wesen. Der Entwurf des kommenden Jugendgerichtsgesetzes will mit diesen Interessen aufkommen. Seine die Öffentlichkeit an meisten interessierenden Bestimmungen sind folgende: 1. Jugendliche im Sinne des Gesetzes gilt, wer über vierzehn, aber noch nicht achtzehn Jahre alt ist. 2. Straftaten, die nach dem Grade ihrer Verurteilung nicht die Einhaft hatten, daß ihr Tum ungesetzmäßig war. 3. Hat ein jugendlicher eine Straftat begangen, so ist durch das Gericht zu prüfen, ob erzieherische Maßnahmen geboten sind. Dabei muß es mit der Hauptaufgabe des Jugendrichters sein, die persönlichen Verhältnisse der Tat? Trägt die Umgebung, das Elternhaus, oder sein Umgang schuld; beschäftigt sich der Junge viel mit Schändlichkeiten; ist er ein Faulenzer usw. Dem Gericht bleibt es überlassen,

Reise- und Sporthaus
Eduard Müller
 Kofferfabrik
 Waldstr. 45 Karlsruhe i. B. Telef. 2165
 Beste und billigste Bezugsquelle für sämtliche Sport-Geräte 7940

die für notwendig erachteten Erziehungsmaßnahmen selbst anzuordnen oder durch das Vormundschaftsgericht anordnen zu lassen. Der Täter kann der Justiz der Erziehungsmaßregeln oder der Schule überwiesen werden; als Erziehungsmaßregel kann ferner von der Schulbehörde und der Fürsorgebehörde Gebrauch gemacht werden. Ist die Einhaft vorhanden, so muß eine Strafe festgesetzt werden, die jedoch nicht sofort vollstreckt, sondern mit Aufsicht verbunden sein muß. In die Stelle der Erziehungsmaßregeln kann auch die sofortige Strafvollstreckung treten, wenn es die Eigenart des Täters oder die Milderkeit auf die Allgemeinheit erfordert (Sühnebestrafung).

Der Entwurf sieht auch eine wesentliche Herabsetzung des Strafmaßes vor. Statt Todesstrafe oder lebenslangem Zuchthaus muß auf Gefängnis von einem bis fünfzehn Jahren, statt lebenslänglicher Festung auf Festungshaft von einem bis fünfzehn Jahren erkannt werden. In die Stelle von zeitlichem Zuchthaus tritt Gefängnis von einem Tage bis zur höchsten Dauer der angeordneten Zuchthausstrafe. Auf Verzicht der bürgerlichen Ehrenrechte, Lebensverweisung an die Landespolizeibehörde und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht darf nicht erkannt werden. Der Verzicht auf die bürgerlichen Ehrenrechte und die Landespolizeibehörde wird durch das Gericht ausgesprochen und dem Jugendlichen eine Probezeit zugebilligt, so ist zu prüfen, ob sein Betragen während dieser Zeit einwandfrei war; wenn nicht, so kann nachträglich die Vollstreckung der zuerkannten Strafe angeordnet werden.

Jugendliche und Erwachsene sind grundsätzlich verschieden zu behandeln. Eine Aburteilung der Jugendlichen hat durch besondere Gerichte (Jugendgerichte) zu erfolgen, die aus Richtern und Schöffen (Jugendrichter und Jugendrichtern) gebildet werden. Die Verhandlung ist nicht öffentlich. Handelt es sich um große Verbrechen, so ist dem Jugendlichen ein Verteidiger zu stellen. Staatsanwalt, Vormundschaftsamt und Jugendamt haben miteinander zu arbeiten; wird von der Staatsanwaltschaft eine Voruntersuchung gegen den Jugendlichen beantragt, so ist das Vormundschaftsamt über die Lebensverhältnisse des Beschuldigten nach auch ein besonderes Augenmerk auf die körperliche und geistige Eigenart des Jugendlichen gerichtet werden. In geeigneten Fällen ist der Beschuldigte durch einen sachverständigen Arzt zu untersuchen. Zur Erforschung der Lebensverhältnisse ist das Jugendamt möglichst zuzuziehen. Das Verfahren gegen den Jugendlichen darf der Staatsanwalt nur mit Zustimmung des Jugendrichters einstellen; ebenso kann mit Zustimmung des Jugendrichters von der Erhebung der Klage abgesehen werden; wenn bereits eine Erziehungsmaßregel angeordnet worden ist. Die Strafvollstreckung steht dem Jugendrichter zu. Das Urteil kann durch sofortige Beschwerde angefochten werden.

Im Rahmen eines Zeitungsartikels ist es nicht möglich, den Entwurf des Jugendgerichtsgesetzes bis in alle Einzelheiten zu erläutern. Ich habe mich daher nur auf die wesentlichen Punkte des Entwurfs beschränkt. Der Gesetzentwurf sei besonders unsern Jung- und Jünglingen zur Beachtung warm empfohlen, da sie in erster Linie davon betroffen sind. Kritik zu ihm Stellung zu nehmen. Es dürfte sich empfehlen, in Verclamungen das Thema recht eingehend zu erörtern. Hoffen wir, daß der Entwurf baldigt zur Beachtung kommt, da er große Fortschritte enthält.

Wochenprogramm der Arbeiterjugend

Karlsruhe. Neue Dienstag 8 Uhr Abends. - Freitag, 22. 8 Uhr, Hauptvorlesung in der Wirtschaft „Unter den Linden“, Kaiserallee. - Montag, 20. (Weihnachtsfeier), Nachmittagsvorlesung, Treffpunkt 1/2 12 Uhr am „Friedl“. - Die Weihnachtsfeier findet am Freitag den 20. Dez. statt. Müßt nicht, damit sie eine frohe wird.
Gruppe West. Donnerstag, 21. 1/2 12 Uhr, Monatsversammlung. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen eines jeden dringend notwendig.
Gruppe Ost. Donnerstag, 21. Dez., 8 Uhr, Diskussionsabend mit Vortrag.

Freies Jugendparlament Karlsruhe. Am Mittwoch, den 20. Dezember, abends 8 Uhr, findet im Reichsanstalt der Hebelstraße, eine Parteiliche Sitzung statt. Die Tagesordnung ist: 1. Geschäftliche Mitteilungen, 2. Vortrag, 3. Verschicktes. Da unter Punkt 1 wichtige Angelegenheiten zu erledigen sind, bitten wir um zahlreiches und pünktliches Erscheinen.

Vereins-Kalender

Karlsruhe. (Athleten-Gesellschaft) Jeden Dienstag u. Freitag, abends 7 Uhr, Vereinsabend im Schreppischen Bierstübchen, Karlsruhe. (Wassersport-Verein u. Arbeiter-Sportklub) Jeden Mittwoch abends von 10-11 Uhr Schwimmklub f. Männer im Bierstübchen; Frauen im Friedrichsbad. 6054
Schwer-Athletik. Am 20. treffen sich infolge Aenderung Neurent und Athleten-Gesellschaft, Richter Eppingen und Durlach. Am 31. 12 treffen sich Gagsfeld und Knielingen (Mittlerer Klub-Gesellschaft und Mühlburg), Neurent und Eppingen (Mittlerer Klub-Gesellschaft und Gagsfeld), Gagsfeld und Knielingen (Mittlerer Klub-Gesellschaft und Neurent), Mühlburg und Knielingen (Mittlerer Klub-Gesellschaft und Neurent), Mühlburg frei. Die Kampfberichte müssen Sonntags sofort abgefragt werden an die Bezirksleitung. 6053

MARGOLD 22

Troches Test

Lauterberg Ligaretten

SCHARAB ASTIR

TOXO

verkäufe vorzunehmen. Auch die Industrie, die ihre Reserven vielfach in fremden Werten angelegt hat, erscheint als Verkäufer am Devisenmarkt, um sich so das fehlende Betriebskapital zu verschaffen. Viele, die in der letzten Zeit der Markberichtigung haben, sind jetzt von der Gefahr erheblicher Verluste bedroht und werden natürlich, wenn nicht eine unerwartete außenpolitische Wendung eintritt, weiter versuchen, ihre Gewinne in Sicherheit zu bringen und ihre Vorräte abzugeben. Wenn diese Bewegung auch nur kurze Zeit anhält, so würde das genügen, um auf dem Warenmarkt den größten Wertverlust zu verursachen. Wiederholt schon haben wir darauf hingewiesen, daß die zahlungsfähigen Käufer sich nach Möglichkeit auf lange Zeit im voraus eingebedeckt haben in der Angst vor höheren Preisen. Dieser Teil der Käufer verschwindet automatisch für längere Zeit vom Warenmarkt, wenn die Preise nicht mehr wie bisher stetig steigen. Diejenigen aber, die infolge der Minderung ihres Einkommens schon bisher vom Warenmarkt so gut wie ausgeschlossen waren — so der ganze sogenannte frühere Mittelstand und Arbeiter wie Festbesolter, deren Papiermarktscheine mit der Teuerung längst nicht Schritt hielten —, sind nach der letzten Lohnhöhung kaum in der Lage, in absehbarer Zeit den Ausfall an Käufern zu ersetzen, der bei einer Senkung der Warenpreise eintreten muß. Es kommt hinzu, daß innerhalb der anarchischen kapitalistischen Wirtschaft jegliche Leberfrist über die Warenvorräte, sowohl die der Händler, wie die der zahlungsfähigen Verbraucher der bisherigen Warenkategorien fehlt. Wohl ist es richtig, daß die Umsätze und das Betriebskapital in der letzten Zeit dieses Einbuße erlitten haben, daß mithin also auch im großen Durchschnitt die Warenlager des einzelnen Kaufmanns zurückgegangen sind. Auf der anderen Seite aber ist die Zahl am Handelsgeschäft beteiligter Personen und Firmen bedeutend gestiegen, so daß die Vermutung nicht unberechtigt ist, die vielen kleinen Waren des einzelnen stellen einen erheblichen Bestand dar. Wenn das aber der Fall ist, so ist die Gefahr einer Leberproduktion, einer Überfüllung des Marktes in bedenkliche Nähe gerückt. Wohl haben große Massen des Volkes einen gewaltigen Warenbedarf, ja einen ausgesprochenen Warenhunger, den sie nicht befriedigen konnten. Aber ihnen fehlt die dringendste Lebensnotwendigkeit aufgewandt werden. Ohne Kaufkraft aber kann der Bedarf niemals zur Nachfrage werden, und ohne Nachfrage kommt kein Absatz zustande.

Diese Gefahr besteht zweifellos. Aber immer wieder muß man sich vor Augen halten, daß ohne eine solche Marktkrise eine Gesundung der deutschen Wirtschaft nicht möglich ist. Doch vor kurzem schien es, als sollte diese Krise in eine Zeit steigender Warenpreise fallen. Jetzt droht die Gefahr von der anderen Seite her, von der Besserung der Marktlage oder mindestens von ihrer Stabilisierung, die zwangsläufig einen Stillstand oder eine Senkung wenigstens eines Teiles der Preise zur Folge hat. Sollte jetzt wirklich eine Arbeitslosigkeit größerer Stiles eintreten, so wäre das ein Zeichen beginnender Gesundung, im anderen Falle wäre sie eine Verschlimmerung des Volatilsendes gewesen. Aufgabe der Behörden bleibt es unter allen Umständen, wirksame Maßnahmen zu treffen, durch die eine Ausbreitung der jetzt schon vorhandenen Erwerbslosigkeit nach bester Kraft vermieden wird.

Badische Politik

Landtagsabgeordneter Dr. Zehner

Eine vielgenannte politische Persönlichkeit, der Präsident des badischen Oberlandesgerichtes, Landtagsabg. und früherer Reichstagsabg. Dr. Joh. Zehner ist am verflochtenen Samstag mittig in Karlsruhe gestorben. Dem Deutschen Reichstag gehörte er 20 Jahre — von 1898 bis 1918 — dem badischen Landtag 28 Jahre an; der letzten Körperlichkeit präsierte er von 1906—08 und von 1917—18. Als Jurist und Richter stieg er bis zur höchsten Stelle — abgesehen vom Justizminister — empor, denn er wurde 1918 zum Präsidenten des Oberlandesgerichtes ernannt, nachdem er als Staatsanwalt, Landgerichtsrat, Landgerichtsdirektor und Landgerichtspräsident in verschiedenen Städten Wadens fungiert hatte.

Was ihn auszeichnete, war sein großer Fleiß und seine hervorragende Geschäftlichkeit in der Gestaltung der den Parlamenten vorliegenden Gesetze. Man betraute ihn deshalb sowohl in Berlin, wie in Karlsruhe sehr häufig mit der Verichterstattung über die verschiedenen Gesetzesmaterien. Er war dabei nicht nur Verichterstatler im parlamentarischen Sinne, sondern schöpfte aus dem eigenen und aus seiner reichen Erfahrung als Gesetzesmacher. Arbeitete man mit ihm in Kommissionen zusammen, dann hauchte man über seine Vielfältigkeit und über seine Einstellung lebhaft auf die Tatsachen. Dr. Zehner war nicht das, was man einen großen Redner, einen glänzenden und blendenben Rhetoriker nennt; was ihm Gehe in den Parlamenten verschaffte, war die große Sachkenntnis und die logische juristische Behandlung, die er jedem Gesetzentwurf angedeihen ließ. In der badischen Nationalversammlung hat er die nicht leichte Verichterstattung über die neue Verfassung übernommen und auch im späteren Landtag sowohl im Haushaltsausschuß, wie im Rechtspflegeausschuß hervorragend an den gesetzgeberischen Problemen mitgearbeitet. Dabei ging er manchmal seine eigenen Wege und stimmte sowohl in den Ausschüssen, wie im Plenum anders, wie die Mehrheit der Zentrumskaktion.

Zur Sozialdemokratie stand er sachlich in scharfer Gegnerchaft; nicht daß er persönlich gefällig gegen uns vorgegangen wäre, auch als Richter nicht zur Zeit des Sozialistengesetzes. Aber er war politisch und parlamentarisch eingestellt auf die Interessen der Landwirtschaft. Sie hatte in ihm fast ausschließlich einen geschickten und erfolgreichen Förderer. Die industrielle Entwicklung jedoch und die wirtschaftliche Stellung der Arbeiterschaft zur Industrie und ihre politische Haltung im Staate begriff er nicht und fand sich auch nicht mit ihr ab. Es kam zwischen ihm und uns fast jedesmal zu scharfen Auseinandersetzungen in den Ausschüssen des badischen Landtages, wenn das Thema: Landwirtschaft und Arbeiterschaft erörtert wurde. Dabei las er viel über soziale Fragen und war ein Kenner der sozialistischen Literatur.

Zehner hat ein Alter von fast 72 Jahren erreicht, war unversehrt und in seiner ganzen Lebensweise von schlichter Einfachheit. Er konnte sich schon längst pensionieren lassen, denn er war über 65 Jahre alt; aber dazu neigte er nicht. Als sein Nachfolger im Landtag wird nach Postsekretär Ad. Seebacher in Seebach, Amt Adelsheim.

Austausch der nationalsozialistischen Hiltersbänder in Baden

Am Donnerstag voriger Woche unternahm die Hiltersbänder in Forzheim einen Versuch, organisatorisch in Baden Fuß zu fassen. Die „Freie Presse“ berichtet darüber:

Am Donnerstag abend sollte der gefeierte Herr und Meister Hitler, der bayerische Minister, selbst nach Forzheim kommen. Unter der Hand wurden Flugblätter verteilt, die an Aufseher der Arbeiterschaft gegen die jüdischen Mitglieder in offen gestandener recht geschickter Form das denkbar Mögliche enthielten; gleichzeitig wurden Beitrittserklärungen zur Unterzeichnung übergeben und alsdann diejenigen, welche der „guten Sache“ beitreten, zu einer vertraulichen Versammlung in das Nebenzimmer des „Brauhausstellers“ eingeladen, wo man sich dem Hilters gegenüber als „Arbeiterverein“ ausgegeben hatte. Allein: Es ist nichts so fein gezeichnet, es kommt doch an die Sonne! Auch die „Freie Presse“ und die sozialdemokratische Parteileitung bekamen von dem staatsgefährlichen Treiben und der beschuldigten Gründungsversammlung zu einer „Forzheimer Hiltersgarde“ Kenntnis und trafen ihre Maßregeln, daß die Herren würdig empfangen wurden. Eine Anzahl handfester Parteifreunde waren in Bereitschaft, und auch die Kommunisten waren in stattlicher Anzahl zum Empfang erschienen. Allein auch die Polizei hatte sich eingefunden und — die ganze Hiltersgarde wurde verhaftet und nach dem Bezirksamt noch in der Nacht abgeführt. Angehört der zahlreichen „zivilen Hiltersgarde“ der Republik mochten die Nationalsozialisten — dieser schöne Name für eine solche reaktionäre Gesellschaft will uns fast nicht aus der Feder — keinerlei Widerstand, ja einzelne waren wohl sichtlich froh, daß sie die Polizei angeht der drohenden Duldung der anwesenden Arbeiter in ihr schändliches Gewahrsam nahen.

Lebtens ist Hitler selbst nicht nach Forzheim gekommen, er mußte sich in Berlin heiser reden. Schade!

Für diese Gründungsversammlung hatte der „Forzheimer Generalanzeiger“ durch Artikel die Vorarbeit geleistet. Die gleichen Helferdienste für die Nationalsozialisten zu leisten, schied sich der „Meidens-Anzeiger“ in Karlsruhe an. In der Samstagausgabe bringt das Blatt gleich zwei Artikel, die der Propaganda für Hitler und die Nationalsozialisten dienen. Wir machen die Karlsruhe Arbeiterchaft besonders darauf aufmerksam, daß Herr Zaeh in der Kurvenstraße nunmehr den Kontre-revolutionären Wadens und Bestrebungen sein Blatt zur Verfügung stellt, unter gleichzeitiger Schmäherung der Männer, die in den Tagen des Zusammenbruchs unter Einsetzung ihres Lebens Deutschland vor dem Auseinanderfallen wie vor dem Volkseigenen gerettet haben. Der „Meidens-Anzeiger“ darf sich verheeren halten, daß wir uns seine Artikel vom Samstag genau merken werden.

Das Zentrum und die Übernahme der Privatbankaltschulden durch den Staat

Der „Bad. Beobachter“, das Zentralorgan zur aufmerksamen Überwachung der guten Sitten der sozialdemokratischen Presse, leistet sich über die Donnerstagsobermittagsung des bad. Landtags, in welchem die Übernahme der jogen. Privatbankaltschulden durch den Staat bzw. die Bürgerchaft für dieselben beschlossen wurde, ein so demagogisches Stimmungsbild, daß wir entschieden dagegen Einspruch erheben müssen.

Wie liegt die Sache? Das Zentrum hatte ursprünglich beabsichtigt, die Regierungsvorlage abzulehnen, soweit von ihr auch private Privatbankaltschulden berührt werden. Der „Bad. Beobachter“ sagt nun dazu:

„Da die übrigen Parteien sämtlich vorbehaltlos der Vorlage zustimmten, verlangte das Zentrum schließlich, daß wenigstens das Rückgriffrecht des Staates auf den Schuldner festgestellt wird.“

Die übrigen Fraktionen wie die Regierung waren aber von vornherein dieser Meinung. Nur der Vertreter des Landtages wollte von einem solchen Rückgriff nichts wissen. Zudem hat der Minister des Innern bei seinen mündlichen Darlegungen im Haushaltsausschuß darauf bewiesen, wie man die Justizverhältnisse im Gegensatz zu den privaten Schuldnern bisher für sorgfältig behandelt habe.

Der „Bad. Beobachter“ meint nun aber weiter, vom Zentrum hätten nur 9 Abgeordnete für die Vorlage gestimmt, die übrigen dieser Partei angehörigen Abgeordneten hätten es nicht über sich bringen können, angesichts der Finanzlage des Staates die Übernahme der Privatbankaltschulden zu überlassen. Er bemerkt zum Schluß: „Durch den Beschluß des badischen Landtags bezogt der badische Staat für einen einzigen Viehhändler 1 1/2 Milliarden Mark!“ Das das Zentrum sich dafür nicht begeistern konnte, wird man demgegenüber verstehen.“

Das ist denn doch die Umkehrung der Tatsachen auf die Spitze getrieben! Wäre die Behauptung des „Beobachters“ richtig, dann wären alle übrigen vom badischen Staat ihre Schulden bezahlen lassen. In Wirklichkeit liegt der Fall so: Ein Vertreter des Zentrums hat im Haushaltsausschuß den Nachweis dafür verlangt, daß auch die von den hier in Frage kommenden Viehhältern bestehenden Privatbankaltschulden aus einer Vieheinfaße herrühren, welche im Auftrag und im Interesse des Landes und von Gemeinderatwahlen entstanden sind. Dieser Nachweis wurde vom Ministerium des Innern unter Vorlage von einer großen Anzahl Sonderbelegen glatt und umgehen erbracht. Im Frühjahr 1918 haben nämlich die Reichsbeschörden eine offene Gefindungsarmut aus dem Rahmen der reitenden Aufführung.

Ernährung eingeführt, nicht aber bezahlt werden; es seien Kredite aufzunehmen. Die Einfuhr wurde allgemein behördlich gefördert und in diesen Dienst des Krieges die Viehhändlerbände und einige Viehhändler gestellt, woraus sich natürlich dann für das Land und für das Reich die moralische Verpflichtung ergab, für die hierdurch in Schulden geratenen Verbände und Personen einzutreten. Es bedurfte also nicht einmal der Erbringung des Nachweises, wie sehr diese Art von Privatbankaltschulden öffentlich-rechtlichen Charakter haben. Die Regierung hatte schon immer auf diesem Standpunkt gestanden und ist auch im Haushaltsausschuß und im Landtag wiederholt vertreten, weshalb denn auch, außer dem Zentrum und den Kommunisten, alle übrigen im Landtag vertretenen politischen Parteien der Regierungsvorlage zustimmten.

Das ist der wahre Sachverhalt! Und nun vergleiche man, was der „Beobachter“ in seinem Stimmungsbild von der letzten Landtagssitzung daraus gemacht hat. Wir wollen doch das sind einige der Viehhändlernamen nennen. Man ist in Zentrumskreisen auf die Mitgehenden von ihnen ist man in politische Differenzen geraten und das hat man ihnen bis heute nicht vergehen. Sachlich kann man gegen den Beschluß des Landtags nichts einwenden und darum spielt man die Gegnerchaft auf dieses Gebiet hinüber. Zentrumskaktion!

Godbergsche Spende. Der nennenswerte Betrag von 3 Millionen Mark wurde, wie die Presseabteilung der badischen Regierung mitteilt, dem Herrn Staatspräsidenten als Beitrag für die jüdischen Hilfsorganisationen an den badischen Hochschulen zugesandt. Die hochherzigen Stifter wollen nicht genannt sein. Die Verteilung auf die einzelnen Hochschulen des Landes erfolgt unter Anwendung eines hierfür bestehenden Schließels.

Auszahlung der Bezüge der staatlichen Hochschulpfänger und Beamtenhinterbliebenen. Mit der Rückzahlung der Beiträge, die sich aus der Neuregelung der Bezüge vom 1. Oktober 1921 an ergeben, mit Einschluß der vom 16. November an beginnenden Erhöhung des Teuerungszuschlags auf 120 v. H. ist begonnen; sie wird mit aller Beschleunigung durchgeführt werden, damit die Empfangsberechtigten möglichst noch vor Weihnachten, jedenfalls aber zwischen Weihnachten und Neujahr in den Besitz ihres Guthabens gelangen.

Die Durchführung des Reichsmietengesetzes und das Vorgehen. Die Durchführung des Reichsmietengesetzes hat insbesondere in den Städten namhafte Beträge für laufende und große Anstandsarbeiten freigegeben. Diese Beträge sollen von den Mietern, möglichst für Winterarbeiten wie Mauerwerk, Gips, Maler, Bauhelfer und Installateure nutzbar gemacht werden, um die Notlage infolge Erwerbslosigkeit aller im Baugewerbe Beschäftigten zu lindern.

Genossenschaftsbewegung

Stadtgemeinden als Mitglieder von Konsumvereinen

Zu den Städten und Gemeinden, die aus guten Gründen schon früher den Konsumvereinen an ihrem Ort als Mitglied beigetreten sind, haben sich in letzter Zeit drei weitere größere Städte Nordwestdeutschlands hinzugesellt. Die Städte Westermünde und Rehe haben die Mitgliedschaft des Konsum- und Sparvereins „Lüterwieser“ erworben. Die Stadt Rehe hat der Versicherungsabteilung der Genossenschaft „Wohlfahrt“ in Höhe von rund 250 Millionen Mark überwiehen. Mit der Stadt Westermünde schweben ebenfalls Verhandlungen wegen größerer Versicherungsabschlüsse. Die Stadt Wülfingen ist mit 20.000 M. Geschäftsanteil Mitglied des Konsumvereins für Ruffingen und Umgebung geworden. Der Stadtmagistrat führte als Begründung an, daß es der Stadt durch den Beitritt ermöglicht würde, Waren vorteilhafter zu beziehen.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Badisches Landestheater

Zum ersten Mal: „Christians Märchenbuch“

Weihnachtsmärchen mit Musik und Tanz in 5 Bildern von Ulrich von der Trendt-Ulrici

Ein artiges Weihnachtsstück für Groß und Klein hat uns der beliebte Darsteller unseres Schauspielambles hier geliefert. Der Verfasser weiß vor allem, auf was es ankommt. Die Kinder wollen schauen. Er bringt daher in seinem Stück so ziemlich den ganzen Repertoirekammer der Jugend: Engel, Christkind, Feen, Elfen, Weihnachtsmann, Zwerg, Märchengestalten — eine bunte Fülle von Erscheinungen, die durch eine gefällig erfindene Handlung, in deren Mitte ein armes Mädchen steht, zusammengefaßt werden. Szenengestalten und Kinderballette bringen Abwechslung in den Verlauf der Geschehnisse, die sich bald im Himmel, bald im Märchenwald, bald in dem heimeligen Wohnzimmer abspielen. Der Erfolg war denn auch außerordentlich; wir haben bei Weihnachtsstücken hier noch nie eine derartige Applausstunde erlebt; nach jedem der fünf Akte wurden Darsteller und Verfasser stürmisch gerufen. Unter den zahlreichen Personen muß Herr v. d. Trendt-Ulrici mit Vorzeichnung genannt werden. Die Fieselle gab Frä. Hedwig Hermann, die damit eine neue Probe ihres Talentes ablegte. Bei der jungen Künstlerin ging Natur und Spiel so reiflos in einander über, daß eine geschlossene Dichtung entstand von höchst realistischem Reiz, der eine natürliche Anmut und ein Schuß Humor anprechtend wirkte. Man darf auf die Entwidlung dieser auffallenden Begabung gespannt sein. Als weitere Handelde seien noch hervorgehoben der joviale Weihnachtsmann Herrn Söders, die poetische Frau Solle des Frä. Senter, der urkomische Strolch Müller, der launige Postinspektor des Herrn Brand, der eine ausgezeichnete Figur im Ludwig Komischen Geist freierte. Die Regie des Herrn v. d. Trendt-Ulrici wählte den feinen Märchengeist über das Ganze zu steuern. Dekoration und Kostüm weiteten um die Palme der Schönheit. Nur die Tanz-Arrangements fielen ununter durch eine offene Gefindungsarmut aus dem Rahmen der reitenden Aufführung.

